

International

Forderungen nach einem balancierten China-Kurs

Position

Stand: Februar 2022

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Wir brauchen ein Level Playing Field mit China

China ist wesentlicher Teil der internationalen Wertschöpfungsketten deutscher und bayerischer Industrieunternehmen, die die Chancen des chinesischen Marktes nutzen. Doch in den vergangenen Jahren zeigt sich eine Verlangsamung der Öffnung Chinas. Die Erwartung, eine starke Wirtschaft würde den politischen Wandel in China vorantreiben, hat sich nicht bestätigt. Die Wettbewerbsbedingungen deutscher Unternehmen in China sind noch weit entfernt vom angestrebten Level Playing Field. Die systemischen Probleme und ihre Auswirkungen auf die Unternehmen wachsen.

China ist gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Eine wirtschaftliche Entflechtung der Beziehungen zu China ist weder für die europäische noch für die deutsche und bayerische Wirtschaft eine Option. Das wichtigste Ziel ist daher, ein Level Playing Field in den wirtschaftlichen Beziehungen zu China zu erreichen und die multilaterale Ordnung zu festigen. Die Verzerrungen durch Chinas staatlich gelenkte Wirtschaft müssen abgemildert und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU gestärkt werden.

Angesichts der engen Handelsbeziehungen mit China müssen wir gemeinsam mit der EU eine einheitliche Position erarbeiten, um den Systemwettbewerb zwischen den europäischen offenen Marktwirtschaften und Chinas staatlich gelenkter Wirtschaft mit den Handelsbeziehungen in Einklang zu bringen. Dabei geht es um fairen Wettbewerb, eine regelbasierte Weltwirtschaft und robuste Wertschöpfungs- und Lieferketten.

In unserer Position beschreiben wir die Forderungen und Ziele, die wir aus Sicht der bayerischen Wirtschaft für einen balancierten China-Kurs brauchen.

Bertram Brossardt
Februar 2022

Inhalt

| | | |
|-----|---|----|
| 1 | Position auf einen Blick | 3 |
| 2 | Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen | 4 |
| 2.1 | Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland, Bayern und China | 4 |
| 2.2 | Die Investitionsbeziehungen zwischen Deutschland, Bayern und China | 5 |
| 3 | Wandel durch Handel? | 6 |
| 4 | Die Position der vbw | 7 |
| 4.1 | Investitions- und Handelsbeschränkungen abbauen | 7 |
| 4.2 | Gleichen Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen gewährleisten | 8 |
| 4.3 | Chinas Status in der Welthandelsorganisation anpassen | 8 |
| 4.4 | Bevorzugung staatlicher und staatlich unterstützter Unternehmen unterbinden | 8 |
| 4.5 | Geistiges Eigentum schützen | 10 |
| | Ansprechpartner / Impressum | 11 |

1 Position auf einen Blick

Leitlinien zur China-Politik

China ist gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Die Haltung der deutschen Politik und Wirtschaft zu China befindet sich im Wandel. Die Hoffnung, China würde sich mit Erfolgen im internationalen Handel auch politisch und wirtschaftlich der westlichen, multilateralen Ordnung annähern, hat sich nicht erfüllt. Seit einigen Jahren nehmen die Probleme durch staatlich gelenkte Unternehmen, Subventionen und sonstige protektionistische Maßnahmen zu. Dennoch bleibt China ein dynamisch wachsender Absatz- und Beschaffungsmarkt für bayerische, deutsche und europäische Unternehmen. Die Politik muss eine Balance zwischen Wettbewerb, Rivalität und Partnerschaft für die Beziehung mit China finden.

Eine Neuausrichtung der China-Politik ist notwendig, um Verzerrungen im Wettbewerb zu begegnen. Das erfordert ein geschlossenes und kraftvolles Handeln Europas.

Fairer und freier Wettbewerb mit chinesischen Unternehmen in China sowie in Drittstaaten erfordert ein Level Playing Field. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die EU das Investitionsschutzabkommen mit China möglichst bald ratifiziert. Es muss der erste Schritt für eine gemeinsame Außenwirtschaftsposition der EU sein.

Doch auch innerhalb Deutschlands und der EU muss mehr getan werden. Wir brauchen ehrgeizige Investitionen in Forschung und Entwicklung, Zukunftstechnologien und Infrastruktur sowie die weitere Stärkung des multilateralen Freihandels. Nur so kann die EU wettbewerbsfähig bleiben und Initiativen wie Made in China 2025 und der Neuen Seidenstraße begegnen.

China zu Zugeständnissen zu bewegen wird weder mit Drohungen noch mit Nachgiebigkeit gelingen. Deutschland und die EU müssen sich im Rahmen des multilateralen Welthandelsystems mit gleichgesinnten Partnern dem Systemwettbewerb stellen. Ziel sind gute Wirtschaftsbeziehungen die sowohl den europäischen, deutschen und bayerischen als auch den chinesischen Unternehmen nützen.

2 Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner Chinas in Europa. Umgekehrt ist China Wirtschaftspartner Nummer eins für Deutschland in Asien.

2.1 Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland, Bayern und China

China ist Deutschlands wichtigster Handelspartner. Im Jahr 2020 summierten sich Exporte und Importe auf 212,1 Mrd. Euro, das entsprach 9,5 Prozent des deutschen Außenhandels.

Deutschland exportierte 2020 Waren im Wert von 95,9 Mrd. Euro nach China. Das waren 8,0 Prozent aller deutschen Exporte. China ist damit der zweit-wichtigste Exportmarkt für deutsche Waren (hinter den USA mit 8,6 Prozent).

Die deutschen Importe aus China summierten sich 2020 auf 116,3 Mrd. Euro. Das Außenhandelsdefizit mit China erreichte 20,4 Mrd. Euro. Die Importe aus China machen 11,3 Prozent aller deutschen Einfuhren aus. Damit ist China das wichtigste Importland Deutschlands.

Auch für Bayern ist China größter Außenhandelspartner. Das Handelsvolumen Bayerns mit China summierte sich im Jahr 2020 auf 33,9 Mrd. Euro. Das entsprach 9,3 Prozent des bayerischen Außenhandels.

Bayern exportierte 2020 Waren im Wert von 15,7 Mrd. Euro nach China. Das waren 9,3 Prozent aller bayerischen Exporte. Damit kam China auf den zweiten Platz (hinter den USA mit 10,2 Prozent) der Exportmärkte für bayerische Waren. Die wichtigsten Exportgüter Bayerns nach China waren Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen, Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse sowie elektrische Ausrüstungen und chemische Erzeugnisse.

Bayerns Importe aus China summierten sich 2020 auf 18,2 Mrd. Euro und ergaben ein Außenhandelsdefizit von 2,5 Mrd. Euro. Die Importe aus China erreichten 10,1 Prozent der bayerischen Einfuhren. Damit war China im Jahr 2020 erstmals das wichtigste Importland des Freistaats. Die wichtigsten Importgüter Bayerns aus China waren Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse, elektrische Ausrüstungen, Maschinen, Textilien sowie Bekleidung.

2.2 Die Investitionsbeziehungen zwischen Deutschland, Bayern und China

Weltweit entfielen im Jahr 2017 von den Direktinvestitionsbestände knapp 242 Milliarden Euro auf den bayerischen Freistaat. Rund 40 Prozent davon waren Investitionen in Europa, rund 35 Prozent in Amerika und knapp 20 Prozent in Asien. Hier war China mit einem Bestand von 9 Prozent oder 23 Mrd. Euro das wichtigste Ziel bayerischer Direktinvestitionen. Abgesehen von den USA haben bayerische Unternehmen in keinem Staat mehr investiert als in China. Im gesamtdeutschen Vergleich investierten bayerische Unternehmen überdurchschnittlich viel in China.

Aus gesamtdeutscher Sicht spielt China eine etwas weniger wichtige Rolle. Im Jahr 2017 entfielen knapp 7 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen deutscher Unternehmen auf die Volksrepublik. Mit einem Anteil von 50 Prozent ist die deutsche Investitionstätigkeit stark auf Europa ausgerichtet.

Offizielle statistische Daten zur chinesischen Investitionstätigkeit in Deutschland gibt es nur auf einer vergleichsweise hoch aggregierten Ebene. Insgesamt investierten chinesische Unternehmen im Jahr 2018 in Deutschland fast 1,5 Mrd. Euro. Damit war Deutschland – abgesehen vom Finanzplatz Luxemburg – das wichtigste Investitionsziel in Europa. Gleichwohl ist aus chinesischer Perspektive – gemessen am Gesamtvolumen – die Bedeutung Deutschlands als Ziel von Direktinvestitionen vergleichsweise gering. So lag 2018 der Anteil Deutschlands an allen chinesischen Direktinvestitionen weltweit bei lediglich 1,0 Prozent. An der Entwicklung der Investitionsbestände ist erkennbar, dass Deutschland als Investitionsziel an Bedeutung gewinnt. So stieg der deutsche Anteil der chinesischen Investitionsbestände von 0,5 Prozent im Jahr 2010 auf 0,7 Prozent im Jahr 2018.

3 Wandel durch Handel?

Die Hoffnung, China würde sich mit wirtschaftlichen Erfolgen demokratischer entwickeln, wurde enttäuscht.

Über Jahrzehnte herrschte in der westlichen Welt die Ansicht, dass sich in China mit wachsendem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg auch Demokratie und Freiheit entwickeln werden. Insbesondere der Beitritt Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 bestärkte diese Vorstellung. Die Realität aber zeigt, dass diese Hoffnung nicht erfüllt wurde.

Heute ist Chinas Wirtschaft stärker denn je, die Politik der kommunistischen Partei hingegen wird immer autoritärer. Dies ist seit dem Amtsantritt von Staats- und Parteichef Xi Jinping im Jahr 2013 vermehrt zu beobachten. Chinas wirtschaftliche Öffnung, mit der Deng Xiaoping nach dem Tod Mao Zedongs China schrittweise an die Weltwirtschaft ankoppelte, ist beendet. China will beweisen, dass wirtschaftlicher und sozialer Erfolg erreicht werden kann, auch ohne Freiheit und Demokratie im westlichen Sinn zuzulassen.

Die kommunistische Partei zieht in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in China die Zügel stark an. In Hongkong hat Chinas Staatsführung die völkerrechtlich garantierten Sonderstatus der Stadt im Jahr 2020 mit Einführung eines Gesetzes zum Schutz der nationalen Sicherheit de facto beendet. Zudem wird China beschuldigt, Minderheiten wie die Uiguren systematisch zu unterdrücken.

Doch nicht nur in China selbst drohen kritischen Menschen Nachteile. Auch gegenüber anderen Staaten reagiert die kommunistische Führung inzwischen äußerst scharf selbstbewusst. So hat Chinas Führung beispielsweise den traditionell engen Wirtschaftspartner Australien mit massiven Handelshemmnissen und Sonderzöllen überzogen, nachdem die Regierung in Canberra eine lückenlose Aufklärung zum Ursprung des Coronavirus gefordert hatte.

In Deutschland hat aufgrund dieser und ähnlicher Anlässe ein Umdenken bezüglich Chinas begonnen. Vom Motto „Wandel durch Handel“ müssen sich die deutsche Politik und Wirtschaft verabschieden. Das heißt nicht, dass man nicht weiter Handel betreiben sollte, aber die China-Politik Deutschlands muss deutlich realistischer und europäischer werden. Damit stellt sich für Deutschland und die EU die Frage, wie sich Europa positionieren soll: Sich im Handelskonflikt zwischen China und den USA auf eine Seite zu schlagen, wäre schon mit Blick auf die gewaltigen Handelsvolumina mit beiden Ländern für unsere Wirtschaft der teuerste Weg. Die Lösung kann nur lauten, die WTO zu stärken und zu ihren Regeln zurückzukehren und für weltweit verlässliche und faire Handelsgrundlagen einzutreten.

4 Die Position der vbw

Ein Level Playing Field ist notwendig, dass unsere Unternehmen in China wettbewerbsfähig sind.

Trotz zahlreicher Reformen in den vergangenen Jahren sind die Markteintritts- und Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen in China mit denen für chinesische Unternehmen nicht vergleichbar. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die deutsche und europäische Industrie auf einem Level Playing Field konkurrieren. Hierfür müssen Hürden in etlichen Bereichen abgebaut.

4.1 Investitions- und Handelsbeschränkungen abbauen

2018 überholte China Russland als restriktivsten Handelspartner der EU mit den meisten Handels- und Investitionshemmnissen. Die chinesischen Negativlisten, die ausländische Investitionen in bestimmten Branchen verbieten oder beschränken, sind Beispiele ungleicher Investitionschancen. Landesweit betreffen die Einschränkungen durch die neusten Negativlisten vom 01. Januar 2022 31 Branchen. In den Freihandelszonen bleibt der Zugang zu 27 Branchen beschränkt. Ausländischen Investitionen, die nicht unter die Negativlisten fallen, wird seit dem 01. Januar 2020 nach dem neuen Foreign Investment Law (FIL) Inländerbehandlung vor der Zulassung gewährt.

Im Warenhandel bestehen in China zahlreiche nicht-tarifären Handelshemmnisse wie unterschiedliche Einfuhrbestimmungen und –standards sowie ein höheres Niveau für zahlreiche Industriezölle. Das zeigt, dass China weitere Zugeständnisse beim Marktzugang machen muss, sowohl im Waren- und im Dienstleistungsbereich als auch bei ausländischen Direktinvestitionen.

Deutschland muss dafür eintreten, dass die EU die Ratifizierung des im Dezember 2020 zu Ende verhandelten Investitionsabkommens mit China (CAI) weiter vorantreibt. Trotz seiner Schwächen verspricht das CAI bessere Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen in China. Das kann aber nur der erste Schritt sein. Beispielsweise wird das System der Negativlisten durch das CAI nicht angetastet. Auch ein Handelsabkommen zwischen der EU und China ist nötig, um ein Level Playing Field zu erreichen. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass Verhandlungen für Abkommen europäischer Prägung bezüglich abgeschlossener Bereiche aufgenommen werden. Trotz größerer Aufmerksamkeit für das Thema ausländischer Investitionen sollten Deutschland und die EU weiterhin offen für ausländische Direktinvestitionen bleiben. Die 17. Novellierung der Außenwirtschaftsverordnung, die am 01. Mai 2021 in Kraft trat, brachte bereits weitreichende Verschärfungen der Investitionskontrollen. Eine Politik der Abschottung darf es weder bei Investitionen noch beim Handel geben.

4.2 Gleichen Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen gewährleisten

Während der Beschaffungsmarkt der EU für chinesische Unternehmen offen ist, ist es europäischen Unternehmen oft verboten, an Ausschreibungen in China teilzunehmen. Buy-Chinese-Verpflichtungen oder nicht nachvollziehbare Standards diskriminieren oft ausländische Bieter.

Auch auf dem europäischen Markt stehen hiesige Unternehmen oft im Wettbewerb mit chinesischen Staatsunternehmen oder chinesischen Unternehmen, die aufgrund staatlicher Subventionen deutlich günstigere Preise anbieten können. Diese unfaire Handelspraktik verzerrt die Wettbewerbsbedingungen im EU-Beschaffungsmarkt enorm.

Um gleichen Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu erreichen, muss China dem Welthandelsorganisations-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen beitreten, dem sogenannten Government Procurement Agreement (GPA). Den Beitritt hat die Volksrepublik im WTO-Beitrittsprotokoll zugesagt. Sollte China europäischen Unternehmen den freien und gleichwertigen Zugang zu seinem öffentlichen Beschaffungswesen weiterhin verwehren, muss die EU Gegenmaßnahmen einleiten, um China zur Marktöffnung zu bewegen. Das Motto „Reziprozität“ muss Realität werden.

4.3 Chinas Status in der Welthandelsorganisation anpassen

Seit 2001 ist China Mitglied der WTO. Während China den Beitritt genutzt hat, um seine Wirtschaft international auszurichten, hat sich die Volksrepublik nicht zu einer offenen Marktwirtschaft entwickelt. Eine Reihe von Verpflichtungen aus dem Beitrittsprotokoll Chinas wurde nicht oder nicht ausreichend erfüllt. Das Einhalten von Verpflichtungen muss nachdrücklich eingefordert werden.

Auch die Selbsteinstufung von Mitgliedern als „Entwicklungsland“ – ein Begriff, für den es keine Definition im WTO-Regelwerk gibt – und das daraus folgende Recht auf „besondere und differenzierte Behandlung“ kann zu Wettbewerbsverzerrungen führen, wenn der Entwicklungslandstatus nicht mehr den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten des WTO-Mitglieds entspricht. So stuft sich China nach wie vor als Entwicklungsland ein, obwohl es inzwischen zur weltweit zweitstärksten Wirtschaftsnation aufgestiegen ist. Das WTO-Regelwerk braucht dringend objektive Kriterien für den Status eines Entwicklungslands. Hierfür muss die EU-China-Arbeitsgruppe innerhalb der WTO mit Nachdruck einsetzen.

4.4 Bevorzugung staatlicher und staatlich unterstützter Unternehmen unterbinden

China gewährt seinen Unternehmen großzügig finanzielle Unterstützung. Die Hilfe erfolgt dabei in Form von direkten Subventionen, staatlichen Zuschüssen, Steuervergünstigungen oder Exportkrediten und verzerrt die Produktionskosten. Insbesondere in

[Die Position der vbw](#)

Industriebereichen, die in der Strategie *Made in China 2025* als Schlüsselindustrien der Zukunft gelistet sind, werden staatliche Unterstützungen auch dazu verwendet, Übernahmen von oder Beteiligungen an europäischen Unternehmen zu finanzieren.

Diese Hilfen untermauern zum einen den wachsenden Staatseinfluss Chinas auf die Wirtschaft, zum anderen stellen sie eine Abkehr vom marktwirtschaftlichen Wettbewerb dar. Europäische Unternehmen können nicht mithalten, wenn chinesische Unternehmen durch die staatliche Unterstützung in der Regel deutlich günstigere Preise anbieten und eigene Finanzierungen mitliefern. Zudem können chinesische Unternehmen durch die staatlich verbilligten Produktionskosten Überkapazitäten aufbauen, mit denen sie zu Dumpingpreisen europäische Wettbewerber aus internationalen Märkten drängen.

Auch staatseigene Unternehmen behindern den fairen Wettbewerb. Sie erhalten bevorzugten Zugang zu Kapital, Produktionsfaktoren, Märkten und Lizenzen. Die chinesische Regierung hat im vergangenen Jahrzehnt die Zahl der staatseigenen Unternehmen weiter erhöht. Zusammenlegungen staatlicher Unternehmen zu großen Konglomeraten sollen ihre Dominanz sichern.

Das Ungleichgewicht ist jedoch nicht auf China begrenzt. Das Problem des fehlenden Level Playing Fields aufgrund staatlicher oder staatlich unterstützter Unternehmen erstreckt sich auch auf andere Staaten. Besonders deutlich wird dies bei Ausschreibungen entlang der Neuen Seidenstraße sowie bei zahlreichen Infrastrukturprojekten in Afrika. Vor allem für Entwicklungsländer sind die chinesischen Angebote, die eigene Finanzierungen mitliefern und günstige Preise anbieten, verlockend. Oftmals unterbietet China die Vorgaben des OECD-Konsensus für Industrieländer, mit denen einheitliche Wettbewerbsbedingungen bei Exportkrediten gewährleistet werden sollen. Europäische Unternehmen bleiben so oft außen vor, da sie insbesondere bei der Finanzierung der lokalen Beschaffung und der Laufzeit von Krediten nicht mit chinesischen Angeboten mithalten können. Dazu kommt, dass chinesische Unternehmen sich nicht an strenge Umwelt- und Sozialauflagen halten müssen und dies auch nicht von Wirtschaftspartnern fordern.

Deutschland und die EU müssen sich dafür einsetzen, dass die in der WTO geregelten Meldepflichten eingehalten und die Beweislast bei marktverzerrenden Subventionen umgekehrt wird. WTO-Mitglieder sind zwar verpflichtet, staatliche Subventionen anzumelden. Da dies aber in der Praxis kaum geschieht, muss das WTO-Instrument verschärft werden. Im Falle einer Beweislastumkehr müssten die betroffenen Unternehmen nachweisen, dass sie keine Subventionen von ihrem Heimatstaat erhalten. Subventionen, die nicht unaufgefordert gemeldet wurden, sind als marktverzerrend einzustufen und müssen zur Einleitung von Retorsionsmaßnahmen führen. Um zu einem Level Playing Field auch in Drittstaaten zu kommen, muss der europäische Gegenentwurf zur chinesischen Seidenstraße „Global Gateway“ vorangetrieben werden. Am 1. Dezember 2021 stellte die EU die globale Konnektivitätsstrategie vor. Wesentliche Bestandteile sind die Bündelung und strategische Ausrichtung europäischer Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit. Vorhaben im Wert von bis zu 300 Mrd. Euro sollen bis 2027 realisiert werden. Der Fokus liegt auf den Bereichen Transport, Energieversorgung und Digitalisierung.

4.5 Geistiges Eigentum schützen

Den vielfach stattfindenden Verlust geistigen Eigentums, beispielsweise durch den Joint-Venture Zwang, Produkt- und Markenpiraterie, Verletzung von Urheberrechten sowie Plagiate, zu unterbinden erfordert absolute Priorität. Insbesondere der von China staatlich angeordnete Technologietransfer greift in die Entscheidungsprozesse von Privatunternehmen ein und soll Chinas Entwicklung zu einer technologischen Führungsnation befördern.

Der Schutz geistigen Eigentums in China hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Am 01. Juni 2021 trat das reformierte chinesische Gesetz zum geistigen Eigentum in Kraft. Wichtige Änderungen waren insbesondere die längere Schutzdauer für Designs sowie die Erhöhung des Schadensersatzes bei Patentverletzungen. Zudem ist China wie die Mitgliedsstaaten der EU-Mitglied der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) sowie Vertragspartei internationaler Abkommen zum Schutz von geistigem Eigentum wie der Pariser Übereinkunft und des TRIPS-Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum. Somit ist der Umfang des Schutzes von Rechten des geistigen Eigentums in China und Europa prinzipiell identisch. In China werden jedoch nur förmlich eingetragenes geistiges Eigentum (beispielsweise in Form von Patenten, Gebrauchsmustern oder Handelsmarken) geschützt. In der EU kann unter bestimmten Bedingungen der Nachweis einer früheren Verwendung in Märkten europäischer Länder ausreichen, um nicht eingetragene Eigentumsrechte durchzusetzen. Für europäische Unternehmen in China bleiben trotz Verbesserungen in den vergangenen Jahren große Lücken für den Schutz geistigen Eigentums. Oft sind bestehende Regelungen nur unzureichend durchsetzbar.

Um die Rechte europäischer und deutscher Unternehmen an ihrem geistigen Eigentum in China zu stärken, muss Deutschland die Zusammenarbeit mit dem chinesischen Patentamt intensivieren. Ziel muss sein, den Schutz geistigen Eigentums in China auf WTO-Level zu heben. Zudem muss Deutschland sich dafür einsetzen, dass die WTO die von der EU angestoßene Untersuchung zum erzwungenen Technologietransfer weiterverfolgt. Dazu gehören auch neue Regeln auf WTO-Ebene zum Umgang mit erzwungenem Technologietransfer.

Ansprechpartner / Impressum

Janina Steinle

Abteilung Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482

Telefax 089-551 78-91482

janina.steinle@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Februar 2022